

## **Rede der zur Kundgebung aufrufenden Gruppen am 29.1.2020 vor der BVV Friedrichshain-Kreuzberg:**

Wir sind entschieden für die lückenlose Aufklärung der Geschehnisse rund um die DIESE eG. Transparenz ist ein essenzieller Bestandteil der Demokratie und selbstverständlich ist eine umfassende Information eine wesentliche Voraussetzung für die Kontrolle der Regierung durch die Opposition. Insbesondere das Verhalten einzelner Abgeordnete der BVV Friedrichshain/Kreuzberg und die orchestrierte Medienkampagne, die seit längerem gegen Baustadtrat Florian Schmidt gefahren wird, lassen uns aber daran zweifeln, dass es den Akteuren im Kern um mögliche Verletzungen parlamentarischer Kontrollrechte geht.

Uns drängt sich vielmehr der Verdacht auf, dass die Entwicklung gemeinwohlorientierter Strukturen bei uns im Bezirk die Protagonist\*innen von Tagesspiegel über CDU, FDP und AfD bis hin zur SPD offenbar so sehr stört und ihre Interessen angreift, dass ihnen jedes Mittel recht scheint, um diese Politik zurückzudrängen. Dass dabei auch nicht davor zurückgeschreckt wird, Einzelne zu desavouieren, erschreckt uns. Angesichts der bisher bekannten Sachlage begreifen wir die völlig überzogene Kampagne gegen Florian Schmidt als Angriff gegen die Mieter\*innenbewegung insgesamt.

Statt personenbezogener Kampagnen, wie sie insbesondere vom Tagesspiegel und von der Bezirks-SPD geführt werden, fordern wir, dass endlich wieder themenbezogene und konstruktive Auseinandersetzungen stattfinden. Darin sehen wir die Aufgabe im StadtBW und stadtpolitischer oppositioneller Arbeit. Es darf nicht länger so sein, dass die Umsetzung einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung für und mit den Menschen aus den Kiezen von BVV-Abgeordneten erschwert wird.

Insbesondere die SPD, die sich öffentlich in Friedrichshain-Kreuzberg auf ihre Fahnen schreibt, für die Interessen der Mieter\*innen zu streiten, steht hier in der Verantwortung und muss sich fragen lassen: Was ist Ihre Position hinsichtlich des Mieter\*innenschutzes in Milieuschutzgebieten?

Stützen Sie die Ausübung des Vorkaufsrechts und das Aushandeln von strengen Abwendungsvereinbarungen auch dann, wenn Menschen akut wegen Höchstpreisen von Verdrängung bedroht sind, oder opfern Sie die Menschen dann auf dem Altar des Marktes, weil es Ihnen "nicht wirtschaftlich" erscheint?

Unsere Haltung ist unabhängig von der Verfahrensklärung klar:

- Es bleibt politisch richtig, aktiven Mieter\*innen- und Milieuschutz mit allen denkbaren bezirklichen Befugnissen auszuüben.
- Es bleibt richtig, Vorkaufsrechte auszuüben und mit harten Abwendungsvereinbarungen möglichst viel Mieter\*innenschutz von profitorientierten Investoren abzupressen.
- Und es bleibt richtig, dass diese Mittel nicht ausreichen und wir alle weiter dafür kämpfen müssen, dass z.B. die Möglichkeit zur Aufteilung von Mietshäusern in Milieuschutzgebieten unterbunden wird und dass die Umlagefähigkeit von Modernisierungen weiter beschränkt bzw. abgeschafft wird.

Wir jedenfalls stehen an der Seite von verdrängungsbedrohten Mieter\*innen, die vom Bezirk, ihrem Baustadtrat und auch den Fraktionen in der BVV erwarten dürfen, dass alle Befugnisse zu ihrem Schutz und zum Erhalt der Nachbarschaften ausgeschöpft werden. Für uns geht Solidarität vor Wirtschaftlichkeit.

Wir fordern von allen Fraktionen und Gruppen in der BVV, denen sozialer Zusammenhalt und eine gemischte Stadt wichtig ist, politischen Rückhalt für die Projekt der gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung, die sich derzeit teilweise kooperativ mit dem Bezirksamt positiv entwickeln. So zum Beispiel: AKS Gemeinwohl, LokalBau, DIESE eG, Stadtbodenstiftung, #200 Häuser und weitere ...

Wir sehen deutlich, dass diese Strukturen schlecht geredet werden und als „links-grüner Filz“ verunglimpft werden. Doch will sich die SPD wirklich ins Fahrwasser von neurechten und neoliberalen Hetzer\*innen begeben und die zivilgesellschaftlich getragenen Bemühungen beschimpfen und die Fake-News aus diesem Lager weitertragen?

Vorkaufsrechte auszuüben ist keine "Mieterprivatisierung" und kein Verschleudern von Steuergeld. Ganz im Gegenteil! Im Fall, dass mit renditesüchtigen Investor\*innen keine Abwendungsvereinbarungen zum Schutz der Mieter\*innen abgeschlossen werden können, muss das Vorkaufsrecht ausgeübt werden können, sonst stumpft das eh schon brüchige Schwert des Milieuschutzes noch weiter ab. Eigentlich müssten die landeseigenen Wohnungsgesellschaften gezwungen werden, als Dritte zum

Schutz der Mieter\*innen die Häuser zu übernehmen, um damit per "Kommunalisierung" den Wohnungsbestand der öffentlichen Hand zu vergrößern. Aber wenn die Landeseigenen wegen Bedenken bei der Wirtschaftlichkeit abwinken - was ja irrsinniger Weise bedeutet, dass staatlich befugter Mieter\*innenschutz nur ausgeübt wird, wenn er marktkonform ist - verdienen die genossenschaftlichen Akteure umso mehr Respekt und mindestens gleichwertige Unterstützung wie die Landeseigenen.

Und es ist einfach unverschämt, dumm und eine Verunglimpfung zu behaupten, diese Wohnungen würden mit Steuergeld privatisiert. In den Satzungen der Genossenschaften, die in die angespannten Vorkaufsfälle eingesprungen sind, ist ausdrücklich definiert, dass Wohnungen nicht privatisiert werden können und es keinen Gewinn durch Privatisierung für die Genossenschaftler\*innen geben darf.

Im Gegenteil: Die neuen Genossenschaftler\*innen, die nun in aller Eile von Mieter\*innen zu Genossenschaftler\*innen geworden sind, zahlen privat einen hohen Preis dafür, dass ihre Häuser nicht in die Fänge von Renditejäger\*innen fallen. Und sie handeln absolut solidarisch, denn diejenigen, die sich die Genossenschaftsanteile nicht leisten können, können auch in den Häusern bleiben. Dieses hohe Maß an Engagement und eigenem finanziellem Risiko legt die Latte sehr hoch für Politiker\*innen, die so tun, als würden sie Steuerzahler\*innen schützen, aber eigentlich nur die alte Immo- und Baulobby befördern, denen diese neuen Strukturen und gemeinschaftlich-kommunalen Formen des Eigentums die gewohnten Renditen zu verhaseln drohen.

Wir wollen nicht zurück in Zeiten des alten SPD-CDU-Baufilzes, sondern vorangehen und die Stadtentwicklung mit einer starken Zivilgesellschaft mitgestalten. Mit starken Initiativen, starken Genossenschaften und gemeinsam entwickelten Lösungen für die sozial-ökologischen Herausforderungen. Nur gemeinsam schaffen wir eine Stadt für ALLE!